

Sächsische Dorfzeitung und Elbgauzeitung

Amtsblatt

Sitzsprecher: Stadt Dresden Nr. 31397

Telegr.-Adresse: Elbgauzeitung Blasewitz

für die Amtshauptmannschaften Dresden-Alstadt und Dresden-Neustadt, das Amtsgericht Dresden
für die Superintendentur Dresden II, das Forstamt Dresden

und für die Gemeinden: Blasewitz, Weiher Hirsch, Laubegast, Dobritz, Wachwitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig, Schönfeld
Publikations-Organ und Lokalanzeiger für Loschwitz, Rochwitz, Bühlau, die Lößnitzgemeinden, Dresden-Striesen, Neugrana und Tolkewitz

Druck und Verlag: Elbgau-Verlagsgesellschaft und Verlagsanstalt Hermann Weise & Co.

Erscheint jeden Wohtertag nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag.
Bezugspreis: durch die Post vierfach 12.— einschließlich Briefporto;
durch Boten seit ins Haus vierfach 12.— monatlich 4.—
bei Abholung in der Geschäftsstelle vierfach 11.— monatlich 3.—

Anzeigen-Preis: die gespaltene Grundseite oder deren Hälfte
1.— Mark, im Texte die Zeile 250 Mark, für Tabellen- und
schwierigen 50% Aufschlag.

Anzeigen-Annahme für die nächste Nummer bis vorm. 11 Uhr

Blasewitz
Sonnabend, 17. Juli 1920.

Die neue Demütigung.

Wie wir gestern schon mitteilen konnten, hat sich die deutsche Delegation der Gewaltpolitik in der Kohlenfrage gebeugt. Aus welchen Gründen der plötzliche Wandel in der Auseinandersetzung bei unseren Vertretern entstanden ist, wird man wohl erst erfahren, wenn das Reichsministerium im Reichstag Aussklärung gibt. Gelt steht heute aber schon, daß man der Gewalt gewichen ist. Lord George hatte im Verlaufe einer Unterredung mit dem deutschen Minister Simons folgenden Auspruch getan: „Werken Sie sich, daß die Alliierten nicht blüßen. Wir werden innerhalb 48 Stunden verpflichtet sein, die Bestimmungen des Friedensvertrages zu verstehen. Ausdrücklich Sie werden die Verantwortung tragen für die Maßnahmen, die wir soeben feststellen wollen.“ Deutlicher und brutaler konnte man gegen ein in tiefsen wirtschaftlichen Röten liegendes Volk wohl nicht sein. Die Delegation hat dann nochmals beraten und das Resultat dieser Beratung war ein neuer deutscher Gegenvorschlag, welcher im wesentlichen folgenden Inhalt hat: 1. Die deutsche Regierung verpflichtet sich, vom ersten August 1920 an auf vorläufig 8 Monate den alliierten Regierungen monatlich 2 Millionen Tonnen Kohle zur Verfügung zu stellen. 2. Die alliierten Regierungen leisten den Bezugswert der Kohle bis zur Höhe des deutschen Inlandspreises durch Anrechnung auf das Reparationskonto mit der Differenz zum Weltmarktpreis in bar, soweit nicht die Art der Zahlung durch das allgemeine Abkommen über die Finanzfrage anders bestimmt wird. 3. Während der Dauer der vorgeschlagenen Kohlenlieferung bleiben die Bestimmungen der Entscheidung in der Kohlenfrage, die der deutschen Delegation am 9. Juli mitgeteilt und am 11. Juli abgeändert wurden, an ihrer Anwendung. Eine Erhöhung der monatlich abzuliefernden Tonnage durch den Wiedergutmachungsanschluß findet solange nicht statt. 4. Es wird alsbald ein Abkommen über die Lage in Oberschlesien getroffen, durch das entweder die deutsche Regierung die Verteilung der oberösterreichischen Kohle zurückhält oder ihr doch der monatliche Bezug von mindestens 1,5 Millionen Tonnen gewährleistet wird. Es wird alsbald eine gemischte Kommission eingerichtet, deren Zweck es ist, die Mittel zu untersuchen, mit denen man die Lebenshaltung der Bergarbeiter, ihre Nahrung, Kleider und Wohnung und damit die Erzeugung der Kohlenminen des Ruhrgebietes verbessern kann. 5. Die Alliierten erklären sich bereit, Deutschland zur Einführung von ausländischen Lebensmitteln für seine Bevölkerung sowie Rohstoffen für die deutsche Industrie und Landwirtschaft einen angemessenen Vorstoß zu gewähren. Die Beratungen, über den Vorstoß werden im Zusammenhang mit den allgemeinen Beratungen über die Finanzfrage alsbald unter Hinzuziehung beiderseitiger Sachverständiger aufgenommen.

Dieser Gegenvorschlag wurde am Donnerstag vormittag mit einem eigenhändigen Begleitschreiben des Ministers Simon an Lord George übergeben. Es wird angenommen, daß nunmehr eine Einigung erzielt werden kann. Man schreibt uns noch: Die Vorgehnisse dieser Wendung läßt sich kaum darin zusammenfassen, daß durch die Intervention der Engländer plötzlich die Opfer möglich wurden, die man nicht bringen zu können glaubte. Solange mit Frankreich und den anderen Kohlenkündern direkt verhandelt worden ist. Der Ausstoss zu der Wendung ist in einem Besuch des Ministers Simons in der vergangenen Nacht bei Lord George zu suchen. Die Unterredung mit Lord George vollzog sich in freindlichen Formen, und es wurden darin die meisten Punkte behandelt, die nächster in den deutschen Gegenvorschlag aufgenommen worden sind. Die deutsche Delegation hat sich entschlossen, die erwähnten Zusagen zu machen, obwohl es noch nicht steht, ob die deutsche Kohlenwirtschaft physisch in der Lage ist, die zwei Millionen Tonnen tatsächlich zu liefern. Man fühlt sich aber auf jenen Pausus des Friedensvertrages, worin gelöst wird, daß keine Leistung Deutschlands die deutsche Wirtschaft so sehr beeinträchtigen darf, daß Deutschland nicht imstande sei, seinen anderen Vertragsverpflichtungen nachzukommen. Lord George selbst hat ausgegeben, daß die Annahme der Kohlenforderungen für die deutsche Regierung eine schwere Gefahr in sich verberge. Er hat aber darauf verzichtet, dieses Risiko einzugehen. Die Gefahr besteht nach Ansicht der Delegation hauptsächlich in der Gestaltung der Arbeitersse, und gerade zu diesem Zweck ist es nötig, daß die vorgeschlagene gemischte Kommission in Eben so rasch wie möglich auseinandertritt. Der Umstieg innerhalb der Delegation ist auf zwei Momente zurückzuführen, die beide der Machtwirkung des Ministers Simons zu verdanken sind. Das eine ist ein Telephongespräch, das Simons mit Herrn Stinnes hatte und in dessen Verlauf Herr Stinnes erklärt, daß er nochmals nach Spa kommen wolle; das zweite Moment ist anscheinend eine energetische Unterredung, die Simons mit Herrn Stinnes hatte.

Es liegen noch nachstehende Telegramme vor:

Spa, 15. Juli. Die Sachverständigen der Alliierten sind heute nachmittag 12 Uhr zur Prüfung der deutschen Vorschläge in der Kohlenfrage zusammengetreten. Der hohe Rat ist heute 1/4 Uhr in der Fratneuse zusammengetreten, um das Urteil über die alliierten Sachverständigen über die deutschen Kohlenvorschläge entgegenzunehmen und die endgültige Entschließung zu treffen.

Paris, 15. Juli. Über die tatsächlichen Vorgänge in Spa wird berichtet, daß am Mittwoch zwischen hoch und den alliierten Ministerpräsidenten von 11 bis 150 Uhr beraten wurde, weil man sich zunächst vergewissern wollte, daß zwischen den Alliierten völlige Einigkeit wegen der Beziehung des Ruhrkohlebedarfs herstellt. Graf Sforza soll gefordert haben, dem einzelnen Ministrator ein Ende zu machen und strenge Maßregeln zu ergreifen, um endlich aus dieser unerträglichen Situation herauszukommen. In diesem Augenblick waren

die Alliierten völlig einig. Sie wünschten nur noch die Anzahl des englischen Marshalls Wilson abzuwarten. Nach dem "Echo de Paris" sollen die Alliierten sich am Nachmittag über folgende Schritte in den nächsten Tagen geeinigt haben: Drei französische, zwei belgische und eine englische Division haben sich an der Befreiung des Ruhrkohlegebietes zu beteiligen. Frankreich verpflichtet sich, keine schwarzen Truppen nach dem Ruhrgebiet zu entsenden. Als Mindestdauer der Befreiung fordert Frankreich fünf Jahre. Hierüber wurde aber keine Einigung erzielt. Belohnung ist ebenfalls beabsichtigt zu sein, die Befreiung zu fach zu führen, falls Deutschland den Vertrag durchbricht. Wenig Einigkeit scheint zwischen Engländern und Franzosen über die Festlegung des Preises der Ruhrkohle zu haben. Die Engländer fordern, daß die Kohlen, die aus dem Seeweg nach Frankreich kommen, den gleichen Preis fügen sollen, wie die englische Exportkohle. Die Franzosen stehen auf dem Standpunkt, daß sie für 7 Millionen Tonnen Kohle — soweit führen sie vor dem Kriege aus Deutschland ein — den englischen Preis bezahlen wollen, dagegen für jene Kohlen, die Deutschland als Ertrag für die aus den zerstörten Gruben Nordfrankreichs nicht geförderten Kohlen liefert, nur 30 Mark anzulagern der Transportkosten bezahlen. Auch die über Rotterdam nach Paris kommenden Kohlen sollen nur mit 30 Mark bezahlt werden. Ferner wurde keine Einigkeit erzielt, ob Frankreich in der Ruhrzone eine dauernde Garantie für alle seine Entschädigungsforderungen haben wird. Einige englische Politiker sollen nicht davon erbaut sein, daß sich Frankreich durch die Befreiung des Ruhrgebietes eine volkswirtschaftliche Kontrolle über die ganze deutsche Industrie verschaffen würde. So wenig also über die Einzelheiten der Verwendung der Deutschland geräubten Ruhrkohle Einigkeit herrscht, so sehr war man gestern entschlossen, heute früh der deutschen Delegation das Ultimatum zu ausspielen.

Spa, 15. Juli. Ein Mitarbeiter der "Independence belge" hatte eine Unterredung mit dem Grafen Sforza, der über die Konferenz sagte: Wenn man die Konferenz aus gewisser Entfernung mit einem, wie ich es nennen möchte, historischen Blick betrachtet, wird man ihr einen bedeutenden Platz einräumen. Man wird anerkennen, daß allein durch die Tatsache ihres Bestehens die Konferenz Europa gute Dienste geleistet hat, und daß sie den moralischen Beginn einer neuen Epoche bezeichnet. Über die russische Frage erklärte Graf Sforza, daß Italien allgemein der Ansicht sei, daß man die Russen zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der übrigen Welt bringen müsse. Wenn nicht, werden Taten daraus hervorgehen und Leiden. Sache der Russen ist es, sich einer Regierung zu entledigen, die sie nicht haben wollen. Im übrigen sieht das italienische Volk dazu, mit denjenigen Pößern zu sympathisieren, auf die, wie es annimmt, von außen ein schwerer Druck ausgeübt wird. Der Berichtsschreiber fragte den Grafen, was man von gewissen deutschstämmlichen Entente denken sollte, die man bisweilen den Italienern vorwerfe. Graf Sforza entgegnete: Die Einschriften, die man in dieser Beziehung haben kann, entsprechen der Wirklichkeit und haben politische Bedeutung ausschließlich im folgenden Sinne: Man glaubt in ganz Italien seit die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Zusammenarbeit aller Staaten Europas mit Einschluß Deutschlands, und niemand mit gesundem Verstand kann in Europa eine andere Ansicht haben. In unserem Lande, wo die östliche Meinung Gewicht hat, bestand seit den Arbeiten der Pariser Konferenz eine sehr lebhafte Erregung wegen der unglichen Einziehung der Opfer und Rechte Italiens.

Nach SPA hat die Antwort der Entente folgenden Wortlaut:

1. Die deutsche Regierung verpflichtet sich, vom 1. August 1920 an auf 6 Monate den Verbündeten monatlich zwei Millionen Tonnen Kohle, welche Menge von der Wiedergutmachungscommission genehmigt worden ist, zur Verfügung zu stellen. Der Bezugswert dieser auf dem Schienen- oder Wasserwege beförderten Kohle wird von den verbündeten Regierungen auf das Reparationskonto eingerechnet, und zwar zu dem deutschen Inlandspreise gemäß § 7 Lit. A Anlage 5 Teil 8 des Vertrages von Versailles. Außerdem wird als Gegenleistung für die verbündeten zuerkannte Nutzung, sich nach Klassen und Qualitäten eingeteilte Kohle liefern zu lassen, eine Prämie von 5 Goldmark, die von dem Empfänger in bar zu zahlen ist, zum Erwerb von Nahrungsmitteln für die deutschen Bergarbeiter verwendet. — 2. Während der Dauer der obigen Kohlenlieferungen wird die in den §§ 2, 3 und 4 des Protocols vom 11. Juli vorgesehene Kontrollmaßregel in dem gemäß dem Wortlaut der beiliegenden Anlage abgeänderten Form sofort in Kraft gesetzt. 3. Es wird alsbald zwischen den Verbündeten ein Abkommen über die Verteilung der oberösterreichischen Kohle durch eine Kommission getroffen, in der Deutschland vertreten sein wird. Dieses Abkommen unterliegt der Genehmigung der Reparationskommission. 5. Es tritt alsbald in Eben eine Kommission zusammen, in der die Deutschen vertreten sein werden. Aufgabe dieser Kommission wird es sein, Mittel und Wege zu finden, um die Lebensbedingungen der Bergarbeiter in der Ernährung und der Kleidung und im Habitus auf eine bessere Ausdeutung der Bergwerke zu heben. 6. Die verbündeten Regierungen erklären sich bereit, Deutschland während des obenerwähnten sechsmonatigen Zeitraums einen Vorstoß zu gewähren in Höhe des Unterschieds zwischen dem gemäß § 2 gezahlten Preis und dem Ausfuhrpreis der deutschen Kohle für deutsche Höfen oder dem englischen Ausfuhrpreis für englische Höfen, und zwar den jeweils geringeren dieser Preise nach Maßgabe des § 6 Lit. B Anlage 5 Teil 8

des Vertrages von Versailles. Die Vorschüsse werden gewählt gemäß Artikel 233 und 261 des Vertrages von Versailles. Die genannten Vorschüsse erhalten den unbedingten Vorrang vor allen anderen Forderungen der Verbündeten gegen Deutschland. Die Vorschüsse werden am Schluß eines jeden Monats je nach der Zahl der gelieferten Tonnen und dem mittleren soh.-Preis der Kohle während dieses Zeitraums gegeben. Bereits am Ende des ersten Monats werden von den Verbündeten Vorschüsse zur späteren Berechnung gegeben, ohne daß die genauen Zahlen abgewartet werden. 7. Falls am 15. November 1920 festgestellt werden kann, daß die Gesamtlieferung August, September und Oktober 1920 die 6 Millionen Tonnen nicht erreicht hat, würden die Verbündeten zur Befreiung eines neuen Teiles des deutschen Gebietes des Ruhrgebietes oder irgendeines anderen schreiten. — Anlage 1. Es wird in Berlin eine ständige Abordnung der Wiedergutmachungscommission eingerichtet. Ihre Aufgabe besteht darin, sich durch folgende Mittel zu vergewissern, daß die in dem Abkommen vom 16. Juni 1920 vorgeesehenen Kohlenlieferungen ausgeführt werden: Die Pläne über die allgemeine Verteilung der Forderung, die Angabe der Einzelheiten über die Herkunft und die Qualitäten einerseits und die für die Sicherung der Lieferungen an die Verbündeten Macht bestimmt Anordnungen andererseits sind von den deutschen Behörden festgestellt und von ihnen der Genehmigung der genannten Abordnung innerhalb angemessener Frist, bevor sie den Ausführungsorganen übermittelt werden, zu unterbreiten. 2. Keine Änderung des genannten Plans, durch die eine Verminderung der Lieferung an die Verbündeten herbeigeführt werden könnte, und kein Infrastruktur ohne vorherige Genehmigung der Abordnung der Wiedergutmachungscommission in Berlin. 3. Die Wiedergutmachungscommission, der die deutsche Regierung in regelmäßigen Zwischenräumen von der Ausführung der für die Lieferung an die Verbündeten angegebenen Anordnungen durch die zuständigen Behörden Rechung zu legen hat, hat den beteiligten Mächten jede Verleihung der oben angenommenen Grundsätze mitzuteilen.

Vereinbarungen.

Berlin, 16. Juli. Das "D. T." meldet aus Spa, daß die Antwortnote der Alliierten bei der deutschen Delegation eine erste Überraschung verursacht hat. Die Einmarschlausel, die oberösterreichische Regelung, die komplizierte fallende Verrechnung bedürfen einer genauen Prüfung. Zu diesem Zweck werde eine Finanzkommission und eine Kohlenkommission die entscheidende Antwort der Deutschen vorbereiten, die dann im Laufe des Vormittags überreicht werden soll. — Die Deutsche Allg. Zeitg. berichtet, daß der in der Antwortnote der Entente angedrohte Einmarsch in Deutschland in den deutschen Kreisen starke Bedenken erregt hat, da er über die Bestimmungen des Friedensvertrages hinaus gehe. Es werden neue Verhandlungen notwendig sein.

Sächsische Volkskammer.

125. Sitzung vom 15. Juli 1920.

Das Haus erledigte zuerst noch eine Anzahl Kapitel des Staatshausbilanzplanes. Hierauf begründete Abg. Günther einen Antrag betr. Abbau der Lebensmittelwangs-wirtschaft. Er führte aus: Wir möchten wissen, ob der Regierung die Maßnahmen bekannt sind, die seitens der Reichsregierung ergriffen wurden, um die längst überflüssig gewordene Zwangsbewirtschaftung der Hette und Margarineversorgung ohne weiteren Verzug aufzuheben, und wie man sich den planmäßigen Abbau der Wangs-wirtschaft für Lebensmittel überhaupt denkt. Vor allen Dingen muß die Margarine besser und billiger werden. Die rationelle Fleischversorgung kann angesichts der vielen Schwarzblachungen ebenfalls nicht aufrecht erhalten werden. Bei der Kartoffelversorgung tritt der verkrachter Kartoffel aus dem Bureaucratien am deutlichsten zu Tage. Von vernünftigen Landwirten werden bereits heute Kartoffeln unter dem schlechten Preise abgegeben. Wir würden es mit Freuden begrüßen, wenn in den nächsten Wochen die gesamte Wangs-wirtschaft aufgehoben würde. — Arbeitsminister Held erklärt in Vertretung des beurlaubten Wirtschaftsministers, daß die Zwangsbewirtschaft nicht eher aufgehoben werden kann, ehe nicht das Angebot der Nahrungswirtschaft die Nachfrage übersteigt. Wenn der Abg. Günther auf die unrentable Wirtschaftsweise der Kommunalverwände hingewiesen hat, so ist darauf zu erwarten, daß im Hinblick auf eine Verbilligung der Ernährungslage die Gemeinden sich im Interesse ihrer Einwohner reichlich eindefizieren müssten. Zum Glück ist die befürchtete Lebensmittelnot nicht eingetreten, aber den Gemeinden ist aus ihrer Vorsorge kein Vorwurf zu machen. Auch Industrielle haben sich in ihren Voraussetzungen geirrt. — Ministerialdirektor Dr. v. Hübel: Die Reichsregierung räumt sich gegen die Aufhebung der Hette und Margarineversorgung. Die sächsische Regierung steht auf dem gegenteiligen Standpunkt und hat mit der Aufhebung der Hette und Margarineversorgung keine schlechten Erfahrungen gemacht. Die Fleischbewirtschaftung kann nur aufgehoben werden, wenn wir die Schweinezucht auf die alte Höhe bringen. Man hat jetzt Versuche gemacht, durch ausländischen Mais die Schweinefütterung zu fördern. Der Preis dieses Produktes ist aber zu hoch, daß Schweinefleisch für die große Masse des Volkes auch fernher unerschwinglich würde. Unter diesen Umständen muß also an der Zwangsbewirtschaftung mindestens für Brötgetreide, Milch und Butter festgehalten werden. — Abg. Schenig (Diskut.): Wir wollen ebenfalls den Abbau der Wangs-wirtschaft. Daneben wünschen wir Auskunft über die Millionengewinne der Reichsstelle für Hette und Hete. Es scheint an manchen Stellen eine böse

Korruptionswirtschaft geherrscht zu haben. Wir verlangen, dass nach Aufhebung der Zwangswirtschaft dem Kaufmann auch die freie Einfahrt gewährleistet wird. Der Schleichhandel ist der erste Beweis für den völligen Zusammenbruch der staatlichen Zwangswirtschaft. Im ganzen Lande ist gleich ohne Waffen zu haben, und niemand denkt daran, dass es hier dabei um einen rechtwidrigen Zustand handelt. Der Standpunkt der Regierung, erst die Zwangswirtschaft aufzuheben, wenn die Produktion stärker geworden ist, ist falsch.

Richtiger erscheint Aufhebung der Einfahrtbewilligung. Vergraben wir also die Zwangswirtschaft völlig mit Ausnahme der Herrschaftsrecht für Brot und Fleisch. — Abg. Belli (S. 102): Die Zwangswirtschaft bindet einseitig den Konsum, aber sie kann nur vorsichtig abgebaut werden. Es gibt Produkte, die einfach nicht abgebaut werden können. Selbst mit Aufschluss des Auslands in die Bevölkerung nicht mit größeren Vorräumen zu verloren. Der Preis würde so hoch sein, dass der arme Mann sich kein Brot kaufen kann.

In der Wirtschaftsstadt muss die Anarchie der leichten Waffen aufhören. Dringend nötig ist die Aufhebung der Viehhandelsverbände. Diese Verbände sind die richtigen Schmarotzer am Körper des Volkes. — Abg. Menz (Unabh.): Auch wir können der Aufhebung der Zwangswirtschaft nicht zustimmen, solange nicht Angebot und Nachfrage miteinander in Einklang stehen. Die Dresdner Lebensmitteluntersuchungen waren durchaus berechtigt und standen selbst an den weitesten Kreisen der Bürgerschaft Anhang. — Minister des Innern kann versichern, dass sich sämtliche Minister mit dem Aufruf des Ministerpräsidenten Rück solidarisch erklären. Nun hat dem Minister Heldt mit Totschlag und Sineinwurf in die Elbe gedroht und sonst Ausschreitungen begangen. Die Stadtgarde muss sich äußerst taktvoll benommen, aber wo Gewaltmittel angewendet werden, wird auch mit Gewaltmaßnahmen eingeschritten. — Abg. Blüher (D. P.): So sehr man mit dem Kollegen Günther wünsche, dass die Zwangswirtschaft bald abgebaut werde, so seien doch alle Parteien einig darüber, dass im gegenwärtigen Moment ein solcher Abbau unmöglich ist. Das das insbesondere für das Brotgetriebe zutreffe, sei auch die Ansicht der Landwirtschaft. Es handle sich nur um die Frage, wie weit man abbauen könne. Iedenfalls müsse man langsam und vorsichtig vorgehen. Der Grund der Lebensmitteluntersuchungen in Dresden sei der, dass wir alte Kartoffeln nicht mehr hätten und neue Kartoffeln noch nicht hätten und dass gleichzeitig das Brot von einer außerordentlich schlechten Beschaffenheit sei, weil die Reichsgesetzgebung sehr wenig Gerette liefern. In diese Zeit des zwecklosen Handelns in Dresden seien die Meldungen über Unruhen von auswärts getreten. Er habe sich gleich gefragt, ob sie anstehend auf Dresden wirken würden. Auch sei planmäßig zu Unruhen aufgesperrt worden. Es scheine weiter, als ob in Händlertreinen die Gelegenheit benutzt worden sei, gegen die staatliche Zwangswirtschaft zu heben. Sonst wäre es nicht zu verstehen, dass an der Spitze der Forderungen die „Auslösung des Kommunalverbandes“ gestanden habe. Von Tausenden, die diese Forderungen aufgestellt hätten, wüssten ihn nicht, was der Kommunalverband sei. Ferner sei von diesen Kreisen der Abbau der Zwangswirtschaft gefordert worden, während die Verbraucher gerade die gegenwärtige Ansicht vertreten. Er hoffe, dass von gewolltem Maßnahmen absehen werden könne, unterstünde aber die Erklärungen der Regierung. Es sei kein geordneter Zustand, unter dem Terror der Menschen zu verhandeln, wie er es mit dem Minister Heldt im Lebensmittelamt habe tun müssen. Man sei bereit, an der Preissteigerung mitzuwirken, aber von der Stadt zu fordern, dass die Lebensmittelpreise allgemein um 50 v. H. herabgesetzt würden, könnte nur jemand tun, der von den tatsächlichen Verhältnissen keine Ahnung habe. Es sei ein unbilliger Aufstand, wenn die von den Erwerbslosen beschlagnahmten Lebensmittel in den Zentralbergen zu hohen Preisen veräußert würden.

Nach einigen Richtigstellungen des Regierungsvertreters wird die Frage für erledigt erklärt. — Nächste Sitzung: Heute Freitag, 1 Uhr. Tagesordnung: Staatskapitel und Reichshofräte; Kanzlerfrage; Gemeindebeamtenbeduldung; Vermehrung der Aufsichtsbeamten in den Landesanstalten.

Politische Nachrichten.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund protestiert gegen die Gesamtpolitik der Entente.

Berlin, 15. Juli. Der Deutsche Gewerkschaftsbund, bestehend aus dem Gesamtverbande der christlichen Gewerkschaften, dem Gesamtverbande der Angestelltenvergewerkschaften und dem Gesamtverbande der Beamten- und Staatsangehörigenvergewerkschaften mit insgesamt zwei Millionen Mitgliedern, veröffentlicht folgende Erklärung: Der Verlauf der Verhandlungen in Spa hat in den Kreisen der Arbeiter, Angestellten und Beamten die grösste Empörung geschafft. Der Deutsche Gewerkschaftsbund sieht in daher zu folgender Erklärung veranlasst: 1. Der D. G. B. erhebt den schärfsten Protest gegen den Versuch, die deutschen Arbeiter in dauernde Zwangswirtschaft für ausländische kapitalistische Interessen zu nehmen. 2. Der D. G. B. sieht in den Forderungen der Entente aus Einrichtung einer Kontrollkommission für die Rohstoffverteilung die Absicht einer systematischen Erdrosselung aller der Industrien, die im Wettbewerb mit den Entente-Kräften arbeiten und dadurch eine Brotlosmachung großer Teiles der deutschen Arbeiter und Angestellten. 3. Der D. G. B. hält die ausreichende Belieferung der deutschen Industrie mit Kohle nach Annahme der Ententeforderungen für unmöglich und befürchtet starke Arbeitslosigkeit als Folge. 4. Der D. G. B. erblickt in den Forderungen der Entente den Versuch, die internationale Bergarbeiterorganisationen hinweg zu durchzubauen. Er empfindet diese Bestrebungen als einen Hohn auf die Anerkennung der Arbeiter und Angestellten aller Länder als vollwertige Wirtschaftsfaktoren. Mag die Konferenz in Spa zu Ende gehen wie sie will, ihr Resultat wird von den deutschen Arbeitern, Angestellten und Beamten nur dann anerkannt werden, wenn es den Lebensinteressen des deutschen Volkes Spielraum und ihm die Möglichkeit zum Weiterbau gibt. Die Zeit für eine einseitige Bestimmung der Geschichte der Völker durch diktatorische Anordnungen ist für immer dahin. Der Deutsche Gewerkschaftsbund fordert die gleichberechtigten Arbeiter, Angestellten und Beamten aller Länder auf, sich diesem Protest anzuschließen.

Starke Auswanderung aus dem Ruhrgebiet.

Dortmund, 15. Juli. Unter den Arbeitern des Ruhrgebietes wird stark für die Auswanderung nach Russland geworben. Ein besonderer Auswandererverein in Duisburg mit Zweigstellen in anderen großen Orten bejagt die Überführung der Auswanderungsbürgen nach Russland. In Buer haben sich bereits 300 Familien zur Auswanderung bereit erklärt. Eine mit dem Auswandererverein in Verbindung stehende russische Kommission in Schweden soll die Leitung der Schiffstransporte übernommen haben.

Neue Übergriffe französischer Besatzungstruppen.

St. Wendel, 15. Juli. In angekündigtem Zustande verantwoordingen zwei französische Soldbeamte in Oberthal Schießübungen mit ihren Dienstrevolvern und bedrohten in einem Hof mit dem Revolver. Es konnte nicht ausbleiben, dass sich eine große Menschenmenge ansammelte, die beiden schossen darauf erbot blindlings in die Menge ein. Dadurch wurde der 12 Jahre alte Bergmann Schön, Vater einer vielfältigen Familie, durch einen Schuss in die Herzgegend getroffen und starb nach wenigen Minuten. Ein

anderer Ortsbeamter erhielt einen Schuss in das Kniegelenk und wurde schwer verletzt. Darauf zogen die Mörder, ohne sich um die Unglückslichen zu kümmern, vor das Dorf und schossen noch einmal in den Ort hinein. Am nächsten Tage trafen ein französischer Offizier, ein Gendarm und ein Polizeimeister ein, um den Tatbestand aufzunehmen.

Wahnheim, 15. Juli. Zu einer schweren Bluttat ist es in Ludwigshafen gekommen. Wie dem „Neuen Mainzer Volksblatt“ berichtet wird, war ein Besucher des Ludwigshafener Paradies mit seiner Frau auf dem Heimwege von drei angetrunkenen französischen Soldaten in einer Weise angerempelt worden, die daraus schließen lässt, dass es auf die Vergewaltigung der Frau abgesehen war. Es kam zu einem Handgemenge, bei dem sich der Angegriffene des Seitengewehrs eines der Soldaten bemächtigte und einen Franzosen niederschlug. Der Überfallene entkam mit seiner Frau.

Kreuznach, 15. Juli. Dem „Obersächsischen Anzeiger“ zufolge überfielen zwei Marokkaner ein des Abends spazierengehendes Liebespaar. Der junge Mann wurde zu einem Schlag auf den Kopf betäubt. Wieder zu sich gekommen, bat er einen in einem benachbarten Gasthof schlafenden französischen Offizier um Hilfe. Dieser ging sofort mit dem Revolver bedroht.

Frankreich erhält die deutschen Entschuldigspapiere.

Mannheim, 15. Juli. Wie der „Generalanzeiger“ meldet, wurde zwischen den Badischen Ammonium- und Sodafabrik im Ludwigshafen und Frankreich ein Abkommen über die Herstellung des synthetischen Ammoniums abgeschlossen. In der französischen Kammer wurde nun ein Gesetzesvorhaben eingereicht, nach dem der Kriegsminister ermächtigt werden soll, das Ueberseefrachten durchzuführen. Es wird bestätigt, dass die französischen Öffiziere um Hilfe. Dieser ging sofort mit dem Revolver bedroht.

Die Schulden der Tschecho-Slowakei an Deutschland.

Prag, 15. Juli. In der heutigen Senatsitzung wurde eine Interpellation eingereicht über die Kriegsschulden der Tschecho-Slowakei Deutschland gegenüber. In der von tschechischer Seite eingebrachten Interpellation heißt es, dass die Tschecho-Slowakei keinerlei Anschluss habe, diese Schulden zu übernehmen.

Die Erfolge einer vernünftigen Preisabschaltung in Thüringen.

Weimar, 15. Juli. Am den Märkten fällt alter thüringischer Städte kann man in den letzten Tagen infolge der durchgreifenden Tätigkeit der zentralisierten Preisleistungskommissionen teilweise recht beträchtliche Preisfestsetzungen, vornehmlich für Obst- und Gemüse, feststellen. In verschiedenen Städten Thüringens neben die Textil- und Schuhwarenhersteller bekannt, dass sie im Einvernehmen mit der Vorortregierung eine wesentliche Herabsetzung der Preise vornehmen, um dem Käuferstreit, der sich allenthalben bemerkbar macht, ein Ende zu bereiten.

Gauklaus aus der U. S. P. D. abgeschlossen.

Aus Kassel meldet der „Borowski“: Bei der Bezirkskonferenz der U. S. P. D. in Hessen-Waldeck am 11. Juli wurde die Resolution einstimmig angenommen, Gauklaus aus der U. S. P. D. auszuschließen. Auch über den Auschluss des Chefredakteurs der „Freiheit“, Gilserding, wurde verhandelt.

Eine Frau als Parlamentsleiterin.

Berlin, 15. Juli. Über den Mittwoch zusammengetretenen Landtag in Schwerin berichtet der „Localanzeiger“, dass dort zum ersten Male in der Geschichte des Parlaments eine Frau das Parlament geleitet hat, Frau Klara Schleider, eine Urenkelin des durch Reuters Franzosenkrieg bekannten Amtshauptmanns Weber, als Alterspräsidentin.

England bezahlt jetzt schon seine Kriegsschulden.

London, 15. Juli. Ämtlich wird gemeldet, dass England im vergangenen Jahre die Mehrheit der bei Neutralen aufgenommenen Anteile zurückgezahlt hat. Nur die Vereinigten Staaten sind noch in hervorragendem Maße gläubiger. Der gesamte Schuldenschatz ist um 88 186 000 Pf. vermindert worden.

Die türkischen nationalistischen Streitkräfte in uneinnehmbaren Stellungen.

Der „Times“ wird aus Konstantinopel berichtet, Mustafa Kemal Pascha hat in der Nationalversammlung in Ankara am 8. d. M. erklärt, die türkischen nationalistischen Streitkräfte hätten sich in uneinnehmbare Stellungen zurückgezogen.

Ein englisch-amerikanisches Bündnis.

Einer Meldung der „Chicago Tribune“ zufolge soll England im Begriff stehen, mit den Vereinigten Staaten ein Schutzzugbündnis abzuschließen, welches die beiderseitigen Interessen im Stillen Ozean gegen Japan gewährleisten soll. Dieser diplomatische Frontwechsel Englands soll auf das Drängen Australiens und Neuseelands hin erfolgt sein, welche der japanischen Politik misstrauen.

Die Revolution in China.

Das Reuter-Bureau meldet aus Peking: Die Stadt Peking wird von den aufrührerischen Truppen besetzt. Vor den Toren der Stadt haben sich Kämpfe entwickelt. Auch in der Gegend von Peking, über welches der Kriegszustand verhängt wurde, haben sich Gewalttaten ereignet. Die Mitglieder der auswärtigen Gesandtschaften in Peking haben teilweise die Stadt verlassen, obgleich die Botschaftsgebäude unter dem Schutz chinesischen Militärs stehen.

Sächsische Nachrichten.

* Die Frage der Zusammenlegung des Wirtschafts- mit dem Arbeitsministerium wurde am Donnerstag im Haushaltsausschuss A der sächsischen Volkskammer erneut erörtert. Arbeitsminister Heldt erklärte sich dagegen, da die Arbeit von einem Minister nicht geleistet werden könne. Es würde bei einer Zusammenlegung unmöglich sein, die Ministerien politisch zu beeinflussen, was der Zweck des parlamentarischen Systems sei. Die Unabhängigen treten für Vereinheitlichkeit ein. Man erklärte stattdessen ein Einverständnis damit, die Frage zurückzustellen, bis über die Verfassung entschieden sei. Grundsätzlich war man für möglichst baldige Vereinigung.

* 40 Villen für Erwerbslose für Soltau. Der Haushaltsausschuss A der Volkskammer erörterte am Donnerstag zunächst eine Anzahl Ausweitungen von Dienststudien aus Leipzig und die Schließung einer Pfeishalle, die als Mittelpunkt der kommunistischen Bewegung gedeutet wurde. Auf verschiedene Klagen versprach die Regierung eine Verbesserung der Wohlfahrtseinrichtungen des Erzbistums. Eine lange Ausfahrt rief die Forderung von 40 Millionen Mark für Erwerbslose-Wirtschaft hervor. Der Finanzminister erklärte, die Einstellung in den außerordentlichen Etat rechtfertige sich dadurch, dass es sich hier um produktive Erwerbslose-Wirtschaft hande. Nach langer Aussprache wurde die Einstellung mit 8 gegen 7 Stimmen bewilligt.

(*) Warnung. In letzter Zeit haben sich in Sachsen bei höheren Landwirten verschiedentlich angebliche französische Kommissionen angezeigt, um die Bedürfnisse der landwirtschaftlichen Maschinen festzustellen und gegebenenfalls Herausgabe von Maschinen zu verlangen. Da der Landwirtschaftsminister auch bisher ihre angesagten Besuche nicht

verwirkt hat, liegt die Annahme nahe, dass es sich um Schwindel handelt, die glauben, unter der Vorstellung, sie gehörten einer Entwicklungsmission an, sich nutzlos in den Besitz von landwirtschaftlichen Maschinen setzen zu können. Es wird daher vor solchen Machenschaften gewarnt; wo angebliche französische Kommissionen, über deren Rechtmäßigkeit Zweifel bestehen, aufzusuchen, wird zweitmäthiger Weise sofort Mitteilung an das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten in Dresden oder an die Heeresfremdenkommission, Verbindungsstelle Dresden, Hotel Kaiser Wilhelm, Telefon 22 876 zu geben und an dieser Stelle Auskunft wegen weiteren Verhaltens zu ertheilen sein.

* Neue Bearbeitung der Eisenbahngütertarife. Immer tauchen Gerüchte von einer neuen Erhöhung der Personenförderung auf der Eisenbahn auf, obwohl sie das Reichsverkehrsministerium für unrichtig erklärt hat. Wie unter Berichterstatter bei der Zweigstelle Sachsen des Reichsverkehrsministeriums hört, wird augenblicklich an einer systematischen Reform der Gütertarife gearbeitet. Es ist sehr wahrscheinlich, dass dabei eine Erhöhung der Gütertarife herauspringt. Von einer Erhöhung der Personenförderung ist an der zuständigen Stelle nichts bekannt, man hält sie auch für vollständig abgeschlossen.

* Verteilung von Rudeln. Ausweis 40 der Betriebs-Ausweispolie des amtsaufsichtsmäthlichen Bezirks Dresden-Altdorf ist am 17. und 19. Juli 1920 in einem in diesem Bezirk gelegenen Kleinhandelsbetrieb angenommen. Es wird darauf 1 Pfund Rudeln zum Preise von 6 M. geleistet. (Vergleiche hierzu die amtsaufsichtsmäthliche Bekanntmachung vom 16. Juli 1920.)

* Im heutigen amtlichen Teil befinden sich Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden-Altdorf. Verteilung von Rudeln, Bett. Sicherstellte Fleischmengen.

* In einer Sache. Da unser Hauptberichter, Herr Zimmermann, ab morgen einen mehrwöchigen Urlaub einzutreten, bitten wir für die Schriftleitung unserer Blätter bestimmte Zuwendungen direkt an die Schriftleitung zu adressieren, nicht an Herrn A., da sonst eine Verzögerung in der Aufnahme des betr. Artikels erfolgen würde.

Dresden.

* Lebensmitteluntersuchungen. Masseanammlungen Erwerbsloser finden auch Donnerstag wieder statt. Anerkennend bildeten sich große Gruppen vor der Markthalle am Antoniplatz. 35 Männer drangen in die Keller ein, in denen Lebensmittel lagerten. Eine starke Abteilung Sicherheitspolizei rückte heran, färbte die Keller und schaffte Ordnung. Der Verkauf in der Markthalle ging platt vor sich. Gegen 10 Uhr zog die zu Hunderten zahlende Menge — Männer, Frauen und Kinder — nach dem Rathaus, in dem eine Sitzung mit der Kommission der Erwerbslosen stattfand. Nachdem die Erwerbslosen geklärt die Kaffees und Konditoreien kontrolliert hatten, so dass die Inhaber dieser Stätten, wie der Lebensmittelgeschäfte die Räume und Läden schlossen, hat heute wieder der Betrieb eingesetzt. Aus den Schaufenstern der Konditoreien und Kaffees ist freilich aller Kuchen verschwunden.

* Kuchenbackverbot. Der Rat zu Dresden hat mit Rücksicht auf die manzelhalte Brotversorgung für das Gebiet der Stadt Dresden folgendes bestimmt: Es ist verboten die Herstellung, das Halthalten und der Verkauf von Kuchengebäck jeder Art in gewöhnlichen Betrieben aller Art, die Herstellung von Kuchengebäck jeder Art in Geschäften, Anstalten und dergleichen ohne Unterschied, ob zur Herstellung Getreideebels, brennholzartige Mehl oder sogenannte Erbsamhle verwandt werden oder verwendet werden sind. Diese Bekanntmachung tritt am 16. Juli in Kraft.

* Das Amtsschlaf der Sprudelkammer 1 des Schlüchtinghauses befindet sich vom 18. d. M. ab in der Kreishauptmannschaft, Dresden, Friedensgasse 6.

* Grenzirrigationen. Die für den 30. April am 250jährigen Gründungstage der ehemaligen beiden sächsischen Grenadierregimenter geplant gewesene Gedenkfeier findet nunmehr am Sonntag, den 22. August 1920 in Dresden statt. Die Anmeldungen zur Beteiligung an den einzelnen Veranstaltungen sind unter Angabe des Regiments bis spätestens Anfang August beim Vorstand des Militärvereins „Sächsische Grenadiere“ in Dresden, Kanalrat Platz Merkblatt zu bewirken. Für Offiziere und deren Angehörige sind vom 8. August ab Ausweise im Restaurant Dienzhof, Dresden-R. Bautzener Straße 45 abzuladen.

* Beim Baden in der Elbe erkrank unterhalb der Friedrich-August-Brücke am Donnerstag vormittags der elbharter Schulfrau Weise, wohnhaft Kreuzstraße. Da bei dem anhaltend schönen Wetter und der jetzt beginnenden Ferienzeit das Baden in der freien Elbe noch mehr überhandnehmen dürfte, kann den Eltern nicht dringend genug ans Herz gelegt werden, ihre Kinder streng anzuweisen, nur die Badeanstalten oder die abgesteckten Stellen zu benutzen. Der Rat hat durch die sächsischen Bäder genügend dafür gesorgt, dass Minderbemittelte gegen ein geringes Entgelt und Kinder vollständig losenlos sich den Genuss eines erfrischenden Bades verschaffen können, so dass wahrlich kein Grund vorliegt, sich mutwillig in Gefahr zu begeben. Täglich kann man beobachten, dass selbst des Schwimmens völlig unkundige Kinder sich weit in die freie Elbe hinauswagen. Leider trifft dies auch auf Erwachsene zu. Bei dem jetzt sehr wechselnden Wasserstand kommt es vor, dass Stellen, die gestern noch leicht und geschildert waren, heute grundlos sind.

* Warnung vor Bettlägeren. In den letzten Tagen haben sich Personen als Abgesandte amtslicher Kommissionen in Dresdner Geschäften durch Vorzeigen von Ausweisen einschicken, um Lebensmittelkontrolle vorzunehmen. Wie sich herausgestellt hat, sind diese Ausweisschäflich. Die Kriminalpolizei warnt vor diesen Bettlägeren und bittet, gegebenenfalls deren Entnahmen zu wollen. Blasewitz.

* Die Gartenkonzerte im „Schillergarten“ werden, wie man uns mitteilt, im Laufe der kommenden Woche wieder beginnen und an einem bestimmten Tage der Woche stattfinden. Ausgeführt werden sie von der Kapelle des Herrn Wolf Hudecik aus Wien.

* In unserem Redaktionsschaufase sind nachstehende neue Bilder ausgestellt: 1. Bild: Zur Vertreibung der Italiener aus Albanien. 2. Bild: Ernte auf einer Baumwollplantage. 3. Bild: Auf dem Wege zur Abstimmung nach Ost- und Westpreußen. 4. Bild: Momentaufnahme von der Kieler Woche.

Politziv.

* Eine Demonstration der Arbeitslosen fand am Freitag vormittags hier statt. Es zogen 50-60 Arbeitslose vor das Rathaus, um nochmals die von ihnen bevorzugten Landwirtschaftlichen Maschinen festzustellen und gegebenenfalls Herausgabe von Maschinen zu verlangen. Da der Landwirtschaftsminister auch bisher ihre angesagten Besuche nicht

Gesellschaft des Gemeinderates in der betr. Angelegenheit beschließen zu müssen.

Weißer Hirsch.

* Die Wohltätigkeitsveranstaltung zum Beste des Kinderbewahranstalt Weißer Hirsch, welche am verflossenen Dienstag durch das Regenwetter leider sehr gestört wurde, findet am Dienstag, den 21. Juli eine Wiederholung. Die Festlichkeit findet im Garten und sämtlichen Räumen des Kurhauses statt und hat Herr Wahl wieder ein erfreuliches Programm aufgestellt.

Bühlau.

* Mitteilungen aus der öffentlichen Schulvorstandssitzung vom 18. Juli 1920. Vorstehender Herr Lehrer Schumann, entschuldigt fehlen die Herren Dr. Perske und Räther. Vor Eintritt in die Tagesordnung ist man damit einverstanden, dass Punkt 3 der Tagesordnung Antrag auf Überweisung eines Elementarzisten an den Kindergarten, in der nichtöffentlichen Sitzung behandelt wird. — Nachdem über die zu vorgebenden Arbeiten im Innern der Schulgebäude Kostenanschläge eingegangen sind, haben die Malerarbeiten die Herren Medger und Biegas übertragen erhalten. Sie haben sich den ihnen gestellten Bedingungen unterworfen. Mit der Ausführung der Maurerarbeiten ist Herr Schröder betraut worden. — Von der am 16. Juni 1920 vorliegenden Untersuchung der Elementarzisten nahm man Kenntnis. Herr Dr. Perske wird in nächster Sitzung noch Bericht über den Gesundheitszustand der Kinder ertheilen. — Der Haushaltsposten für 1920 ist aufgestellt worden, wonach die Ausgaben 242 407 M. und die zu erwartenden Einnahmen 192 247 M. betragen, der Überschuss beläuft sich demnach auf 50 160 M. Durch die Kosten der Verbandsfortbildungsschule entsteht für Bühlau ein Fehlbetrag von 7480 M. Weiter soll dem Schulgärtner der Betrag von 150 M. zur Berechnung zur Verfügung gestellt werden. Nach dem Vorschlag des Herrn Bauerbach wird der angezeigte Betrag zur Unterstützung der Schulinder für die Ausbildung von Vermitteln auf 800 M. erhöht. Herr Bauerbach stellt weiter den Antrag, durch ein Gesetz dahin zu wirken, dass Bühlau aus Ortsklasse D in Ortsklasse A eingereiht wird. Den Antrag soll stattgegeben werden. Im übrigen war man im Grundlage mit dem Voranschlag des Haushaltspolitischen einverstanden. — Die Abgründerräumung wurde Herrn Schröder übertragen. — Weiter nahm man davon Kenntnis, dass die Kinder Kefel von einer Lehrerin in Weißer Hirsch Hausunterricht annehmen. — Herr Direktor Richter gab bekannt, dass in der hiesigen Schule Bandstrafe eingeführt worden seien, die sich auf fünf Tage im Jahre erstreckt. Weiter wies er darauf hin, dass sich unter den Kindern die Schuhlättlerie breit gemacht habe und man nahm davon Kenntnis, dass den Buchhändlern nahe gelegt werden sollte, solche Bücher nicht auszubringen und an Kinder zu verkaufen. — Für den Fall, dass die hiesige Kriegsschule am 15. August geschlossen wird, beschließt man, die Quäkerprüfung dann in der Schule vorzunehmen. Hierauf folgte eine nichtöffentliche Sitzung.

Bachwitz.

* Eine öffentliche Gemeinderatssitzung finden am Montag, den 19. Juli statt. Die Tagesordnung finden Interessenten im heutigen amtlichen Teil.

Niederpoyritz.

* Gemeinderatssitzung, 12. Juli 1920, Vorst.: Herr Gemeindevorstand Wolf. Der Gemeinderat nimmt zunächst Kenntnis von der Abgabe des, das Kleinbaugrundstück betreffenden, Geländeaufstellungsplanes an das Finanzministerium — staatliches Grundstückamt —, von dem im Monat Juni vorgelommenen Eigentumsveränderungen an Grundstücken, von den Kostenabschlüssen am 1. Juli, von der Errichtung einer Gemeindeverbandsgruppe zur Förderung des bargeldlosen Verkehrs, von einem Werkblatt über den einmaligen Beitrag der Gemeindevertreter, von dem Ergebnis einer Vereinbarung über Beteiligung der Gemeinde Niederpoyritz und anderer Betriebe an den Kosten für Unterhaltung der Luisistrasse im Falle einer Gemeindung des Rittergutes Hellenberg in den bürgerlichen Gemeindebezirk Rosau, von dem Ertrag des Wohltätigkeitskonzerts am 24. Juni, von einer amtsbaumeisterhaften Verfügung, die Kartoffelversorgung 1920/21 betr., von dem Ergebnis der Kartoffelversorgung am 8. Juli 1920 und von einer Statistik über Invaliden-, Alters- und Unterbleibenerneut seit Inkrafttreten des Gesetzes. Bezeichlich eines Besuchs um Feststellung eines Automobil-Nietwagens spricht sich der Gemeindeschatzmeister aus. Ein Gutachten des Amtsbaumeisters über die Bedürfnisfrage aus. Ein Gutachten des Amtsbaumeisters lädt sich dahin aus, dass für eine Festeilnahme des Teilebauungspolts für die Laubegarter Straße zurzeit ein dringendes Bedürfnis nicht besteht. Der Gemeinderat schlägt für dieser Anzahl allenfalls an. Dem Nachschussmann verfügt man eine Dienststoppe. Ein Personensorghaltungsgesetz des früheren Gemeindeworstandes Hofmann findet keine Bezeichnung, da übrigens noch die Entscheidung des Kreishauptmannschaft als Verwaltungsgericht aussteht. Der Übergang der Elbe auf das Reich veranlaßt den Gemeindeschatzmeister, sich zu sichern, unter Umständen durch Rückzugspunkt, dass es sich um ein öffentliches Gewässer handelt. Der Bach hat ein ausgesprochenes Bachbett, das dauernd Wasser führt. Die Gründung einer Wasserunterhaltungsgenossenschaft soll angekreidet werden.

Pillnitz.

* Vereinsgründung. Am vergangenen Dienstag wurde hier in der Gashütte "Central" ein Stenographenverein gegründet. Diese Vereinsbildung ist sehr zu begrüßen, denn dadurch wird einem seit langem bestehenden Zeitbedürfnis Rechnung getragen und entspricht auch den oft geäußerten diebstäglichen Wünschen. Der Beweis dafür, dass sämtliche Anwesende — zwangsläufig an der Zahl — dem Verein sofort beitreten. Der Verein wird die Bezeichnung "Stenographenverein "Gabelsberger" Pillnitz und Umgegend" führen und bezweckt die Förderung der Gabelsberger'schen Stenographie. Zum 1. Vorstand und Unterrichtsleiter wählte die Gründungsversammlung Herrn Lehrer Hammer-Pillnitz, einen bewährten und thätigen Stenographen. Dem gewählten Vorstand gehören ferner die Herren Erich Renner-Pillnitz als 2. Vorstand, Willi Kadner-Söhring als Kassenwart und Max Popp-Oberpöpprich als Schriftführer an. Der Stenographenverein nimmt seine Tätigkeit sofort auf und zwar wird ein Ansängerkursus sowohl, als auch eine Ausstellung für Fortgeschritten eingerichtet werden. Die Nebungen finden regelmäßig Mittwochs von 18 bis 19 Uhr statt. Die nächste Zusammenkunft ist Mittwoch, den 21. Juli 1920, abends 8 Uhr in der Gashütte Gashütte von Kaiser. Alle Stenographen und solche, die Interesse daran haben, seien hierzu herzlich eingeladen.

Radeberg.

* Unfall. Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich Mittwoch abend gegen 8 Uhr auf der Lippendorfer Straße, dessen Ursache noch nicht festgestellt werden konnte. Vor

Ührate der 45jährige Fleischer Wicht aus Liegnitz vom Rad und erhielt einen Schädelbruch, so dass er ins städtische Krankenhaus überführt werden musste. Eine Schuld trifft niemand.

Neukastel. Durch die hiesige Polizei wurden zwei Dresdner Zigarettenliebhaber festgesetzt. Die beiden, ein Kaufwerksbesitzer und ein Händler, führten über 34 000 Stück Zigaretten bei sich, welche noch die alte billige Steuerbinderrolle trugen. Die Zigaretten wurden beschlagnahmt.

Bautzen. Die städtischen Kollegien verabschiedeten die neue Bevölkerungsordnung für die städtischen Beamten, die sich eng an die staatliche Bevölkerungsordnung anlehnt und auf dem Grundsatz aufgebaut ist, dass die Bevollmächtigten der Stadt Bautzen den staatlichen Beamten gleichgestellt werden soll. Weiter beschlossen die städtischen Kollegien den Bau eines Werkstattgebäudes für das städtische Elektrofachwerk mit einem Kostenanwand von 600 000 M. Werner soll eine neue Anleihe im Betrage von 12 Millionen Mark, die größte, die bisher aufgenommen wurde, bezeichnen.

Böhlen. Eine Staffelung des Gaspreises nach den Wohnungsmieten soll hier eintreten. Der Stadtgemeinderat hatte beschlossen, den Gaspreis von 1 M. auf 1,50 M. zu erhöhen, was aber in der Bevölkerung auf so heftiges Widerstreit steht, dass er sich zu einer sofortigen Änderung seines Beschlusses verleben muss. Statt vom 1. Juni wird der neue Gaspreis erst vom 1. Juli ob eintreten und zwar wird er nur 1,40 M. betragen. Einkommen bis zu 3000 M. sollen einen Preisnachlass erhalten. Sobald die notwendigen Erhebungen über die Wohnungsmieten usw. ange stellt sein werden, soll die Staffelung Platz greifen. In Sachsen hat nur noch eine Stadt eine solche Staffelung. Die Unabhängigen hatten eine Staffelung nach dem Einkommen beantragt.

Wölkisch. Aus dem Stadtverordnetenstaat. Die Bevölkerungsordnung wurde einstimmig an den Rat zurückgewichen, da man mit manchen Sätzen nicht einverstanden war. Eine andere Ratsvorlage, der Gesellschaft "Eigenheim" für den Bau eines Doppelwohnhauses 20 000 Mark zur Verfügung zu stellen, wurde nur unter der Bedingung angenommen, dass der Reichsaufschwung dafür gewährt wird. Kenntnis genommen wurde von einer Mitteilung des Rates, dass die Kreishauptmannschaft Genehmigung zur Wahl des Bürgermeisters Grieshammer auf Lebenszeit erteilt hat.

Betschdorf. Die Kriminalpolizei verhaftete in einem hiesigen Hotel zwei angebliche Studenten, die sich Engelhorn und Sohner nannten. Engelhorn gab an, dass er seinem Vater, einem Weingroßhändler in Mannheim, 170 000 M. unterstellt habe. Bei dem Verhafteten wurde ein Gesamtbetrag von rund 100 000 M. noch vorgefundene. Wie die Polizei feststellte, sind die angegebenen Namen falsch.

Cheb. Vermischt. — Glockenweihe. Seit etwa zehn Tagen wird hier das 14jährige Mädchen Clara Helene Lorenz vermisst. Man vermutet, dass das Mädchen einem Mähdienstbäcker in die Hände geraten ist. — Bei einer ähnlichen Feier wurde die Glockenweihe bei der hiesigen Michaeliskirche vollzogen.

Cheb. Kenntnis. Die Staatsanwaltschaft gibt öffentlich bekannt, dass vom Landgericht Chemnitz der Agent Julius Poewa und der Strumpfwärfabrikant Karl Österreicher in Chemnitz bei Chemnitz wegen unbefugten Ein- und Verkaufs beschlagnahmter Baumwollgarne in Toteinheit und Höchstpreisüberschreitung und Kettenhandel verurteilt worden sind, und zwar Poewa zu 25 000 M. Geldstrafe oder ein Jahr Gefängnis und Österreicher zu 20 000 M. Geldstrafe oder ein Jahr Gefängnis.

Plauen. Die Landarbeiter des der Stadt Plauen gehörigen Rittergutes Neuhausen am Mittwoch früh in den Außenland getreten. Die von radikaler Seite initiierte Lohnbewegung hält sich als eine Kräftprobe dar.

Wadgassen. Diebstahl. Einer Dame wurde hier eine schwarze Handtasche mit Brillenschmucksteinen im Wert von 75 000 M. geklaut. Auch befanden sich in der Tasche Ausweispapiere auf den Namen Hedwig Schäffer, Charlottenburg lautend. — Es ist eine ehemalige Mode, solch wertvolles Schmuck in einer Handtasche mitzuschleppen. Die Schriftstellerin

Kleine Chronik.

Aus dem Reiche.

Halle a. S. Verhaftung des Kommunistenführers Begerow. Der Kommunistenführer Begerow in Borsigwalde bei Chemnitz wegen unbefugten Ein- und Verkaufs beschlagnahmter Baumwollgarne in Toteinheit und Höchstpreisüberschreitung und Kettenhandel verurteilt worden sind, und zwar Poewa zu 25 000 M. Geldstrafe oder ein Jahr Gefängnis und Österreicher zu 20 000 M. Geldstrafe oder ein Jahr Gefängnis.

Delitzsch. Von Felddielen angeschoßen wurde der Feldhüter Lippmann vom Rittergut Löberitz, der die Diebe beim Stehlen von Winterzucker übertrafen. Er erhielt einen Schuß in den Rücken, der vorn wieder herausging.

Altenburg. Die Neubebelung kirchlicher Sitten und Bräuche. — Obstpreise. In einem Erlass des Staatsministeriums werden 38 kirchliche Sitten und Bräuche aufgeführt, die in einzelnen Gemeinden und Gegenden ganz in Vergessenheit geraten sind, während sie verdienten, allgemein gepflegt zu werden. Erinnert sei nur an das Anholzen der Glöckle am Karfreitag und Suhntag während des Bußgebiets, an die Schmückung der Kirchen zu Weihnachten und Pfingsten, zum Erntedankfest und Palmsonntage. — Bei den gegenwärtigen Obstpreisabwicklungen werden von den Obstern wieder Preise geboten, die überwiegend Obstpreise zur Folge haben müssten. Bei dem großen Obstfesten, den die hiesige Region dieses Jahr aufzufeuern hat, kann das Obst billiger verkauft werden. Es sollen daher in nächster Zeit Märkte folgende werden, die eine Verstärkung des Obstes verhindern können.

Aus dem Ausland.

Paris. Schneekurt. Nach einer Havasmeldung aus Buenos Aires herrschte dort gestern ein Schneekurt, der eine Unterbrechung des elektrischen Dienstes aufwies. Die Stadt lag vollkommen im Dunkel. Der Verkehr am Hafen war unterbrochen. In Mar del Plata sind infolge Sturmes 24 Fischerboote gesunken. 20 Personen sind ertrunken.

Sport.

Zu den Dresdner Rennen am Sonntag nach 3 Uhr hat der Trainingsbetrieb auf der Heider Bahn eingesetzt. Der Dresdner Rosenthaler durfte die Dresdner Rennen im Großen Germaniapreis würdig vertreten. Am Freitag abend durften vorwiegend auch Witten-Berlin, Weiß-Frankfurt, Hoffmann-Berlin, Effer-Rödin, Brummet-

Mondburg, Schmelz-Leipzig, Thurn-Leipzig das Training aufzunehmen, um am Sonntag in dem schweren Rennen die Sieben zu schaffen. Das Rennen führt über zwei Runden von je 50 Kilometer zu vier Bahnen. Zum Endlauf über 50 Kilometer (100 Minuten) starten die zwei Ersten und zwei Zweiten der Vorläufe sowie ein von der Rennleitung bestimmter Fahrer, so dass sich zum Schluss fünf Fahrer im Rennen befinden. Spannende Rennen sind um den Sieg und die Plätze zu erwarten. Das große Volksprogramm wird den Tag voll ausfüllen und sind auch da bei der Menge der Rennfahrer schöne Rennen zu erwarten.

Bericht über die Warenpreise im Großhandel in der städtischen Hauptmarkthalle zu Dresden

am 16. Juli 1920.

Marktlage:

Infolge der Lebendmittelunruhen blieb die Zufuhr von Obst und Grünwaren gegenüber der Vorwoche nicht unverändert ähnlich. Fleischwaren unverändert. Käse ganz knapp. Käse, Birnen und Beerenobst reichlich und teilweise niedriger. Grünwaren: Sorten sortenlos. Sojas 50 kg. 240, 180; Schollen 50 kg. 100; Roblan 50 kg. 200, 150; Schellische 50 kg. 220, 150; Blattfleisch ½ kg. 5, 2,65.

Fleischwaren: a) frische: Seelachs 50 kg. 240, 180; Schollen 50 kg. 100; Roblan 50 kg. 200, 150; Schellische 50 kg. 220, 150; b) geräucherte, gelagerte, eingemachte.

Schellische ger. 1 Röcke 18,5 kg. 80, 45; Lachs ½ kg. 20, 15; Sole ½ kg. 30, 15; Heringe ger. 100 Stück 150, 110; Böhringe 1 Tonne 880, 280; Heringe in Salz, 1 Dose 4 l. 42, 32; 25; Bismarckheringe 1 Dose 4 l. 42, 30; Russische Sarbina 1 Dose 4 l. 34; Seelärchen 1 Dose 30, 7.

Eier: Landei 60 Stück 98, 95.

Frisches Obst und Süßfrüchte: Apfel 50 kg. 110, 70; ungarische Käse 50 kg. 170, 130; Tafelbirnen 50 kg. 100, 80; Rohbirnen 50 kg. 80, 60; Johannabirnen 50 kg. 80, 50; Stachelbeeren 50 kg. 200; Weißbirnen 50 kg. 220, 180; Preiselbeeren 50 kg. 200, 180; Pfirsiche ½ kg. 4,50, 2;

Blätter 50 kg. 300, 260, 180; Johannisbrot 50 kg. 350, 260; Birnen 50 kg. 100, 80; Schoten 50 kg. 60, 50; Tomaten, italienische 50 kg. 320, 250; Zwiebeln, biologische 50 kg. 65, 50; italienische 50 kg. 75, 65; Einlegesuppen 60 Stück 14, 12; holländ. Salatgurken 100 Stück 240, 120; helle Gurken 50 kg. 150, 120; neues Sauerkraut 50 kg. 65; Gurken, laute neue, 60 Stück 20, 15; neue holländische 1 Stück 2,20, 1,50; Senfgurken ½ kg. 4, 2,50.

Bericht über die Warenpreise im Kleinhandel in der Markthalle Antoniplatz zu Dresden

am 16. Juli 1920.

Fleisch und Fleischwaren: Frisches Rindfleisch 1 Pf. 10,—; Hadindfleisch 1 Pf. 11,—; Brühwurst 1 Pf. 9,—; Blutwurst 1 Pf. 8,—; Oberwurst 1 Pf. 8,—.

Würstchen: Kaninchen 1 Pf. 12,—, 10,—.

verschiedene Fischwaren: Seejagd 1 Pf. 3,50; Kabeljau 1 Pf. 3,80; Schellische 1 Pf. 3,50, 3,—; Bisscheringe 1 Pf. 6,50, 3,—.

Badisches Geflügel: Alle Gänse und Enten 1 Pf. 12,—; junge Gänse und Enten 1 Pf. 15,—; alte Hühner 1 Pf. 18,—; junge Hühner 1 Pf. 15,—; Tauben 1 Stück 7,—, 5,—.

Obst-, Süß- und Garnefrüchte: Tafelbirnen 1 Pf. 1,20, 1,20; süße Kirchen 1 Pf. 1,20, 1,—; saure Kirchen 1 Pf. 1,25; Stachelbeeren 1 Pf. 1,00, 0,80; Johannabirnen 1 Pf. 1,20, 1,—; Heidelbeeren 1 Pf. 1,00; Preiselbeeren 1 Pf. 2,50, 2,80; Birnen 50 kg. 0,70, 0,45.

Grünwaren: Gefüllte Petersilie 1 Pf. 1,20; einfache Petersilie 1 Pf. 1,—; Spinat 1 Pf. 0,80, 0,50; Kürbis 1 Pf. 1,—; Möhren 1 Pf. 1,80, 1,—; grüne inländ. Bohnen 1 Pf. 1,00, 0,80; Tomaten 1 Pf. 3,25, 2,50; Karotten mit Kraut 1 Pf. 1,75, 1,50; Blumenkohl 1 Stück 1,00, 1,25; Weißkraut 1 Pf. 0,50; Weißkraut 1 Pf. 1,25, 1,00; Rhabarber 0,50, 0,25; Rettiche 1 Stück 0,50, 0,25; Rettiche 1 Bündchen 0,20, 0,15; helle Rettiche 1 Stück 0,30, 0,25; inländ. Salatgurken 1 Pf. 1,70, 1,50; aust. hell. Salatgurken 1 Pf. 2,50, 1,50; Petersilienwurzel 1 Bündchen 0,30, 0,25; Boree 1 Pf. 0,60, 0,45; Rhabarber 1 Pf. 0,40, 0,20.

Reue saure Gurken 1 Stück 2,50, 1,50.

Brot: Gebr. Braune Kr. 1 Pf. 1,25.

Letzte Nachrichten.

Nach Schluß der Schriftleitung eingelaufen:

Die Sowjetregierung nimmt die Bedingungen Englands an. Amsterdam, 16. Juli. Der Korrespondent der "Tidens" in Spa

